



DIE POSAUNE

Oberster Gerichtshof hört Argumente zur Meinungsfreiheit

- Andrew Miiller
- [27.03.2024](#)

Transkript

Der Oberste Gerichtshof hat letzte Woche die mündlichen Argumente im Fall *Murthy gegen Missouri* gehört, einem potenziellen Grundsatzfall in Bezug auf die Bundesregierung, soziale Medien und den ersten Zusatz der US-Verfassung.

Der Generalstaatsanwalt von Missouri, Eric Schmitt, reichte diese Klage ein, nachdem die Twitter-Akten ein tiefes Maß an Absprachen zwischen der Bundesregierung und den Mediengiganten des Silicon Valley aufgedeckt hatten. Schmitt behauptete, dass die Regierung Druck auf die Unternehmen der sozialen Medien ausübte, um konservative Ansichten und Kritik an der Regierung Biden auf eine Weise zu zensieren, die gegen die Meinungsfreiheit verstößt.

Elon Musk kaufte Twitter aus Sorge über die Zensur durch die vorherige Führung. Er sagte, dass Twitter nicht gegen den Ersten Verfassungszusatz verstößt, wenn es auf eigene Faust handelt, um Redefreiheit zu unterdrücken, aber „wenn es auf Anweisung der Regierung handelt, um Redefreiheit zu unterdrücken, ohne gerichtliche Überprüfung, dann schon“.

Sowohl liberale als auch konservative Richter äußerten sich skeptisch darüber, ob Regierungsbeamte unrechtmäßig gehandelt haben. Richter Brett Kavanaugh, der von Donald Trump ernannt wurde, sagte, er sei sich nicht sicher, ob es sich bei dem Vorfall um Nötigung gehandelt habe. Er sagte, es sei „nicht ungewöhnlich, dass Regierungsbeamte gegen eine bevorstehende Geschichte protestieren“.

Mit anderen Worten: Da die Unternehmen der sozialen Medien bereitwillig mit der Regierung zusammenarbeiten, um konservative Ansichten und Kritik an der Biden-Regierung zu zensieren, ist es unwahrscheinlich, dass der Oberste Gerichtshof diese Aktivitäten stoppen wird. Das bedeutet, dass die Bundesregierung weiterhin Tech-Giganten einsetzen wird, um zu zensieren, was Sie sehen und lesen, unabhängig davon, was der Erste Verfassungszusatz über die Meinungsfreiheit sagt.

Daniel 8, 10-12 prophezeit eine Zeit in der Neuzeit, in der die Wahrheit niedergeschlagen wird. Die Absprachen der Regierung mit den Unternehmen der sozialen Medien sind ein wichtiger Teil dieses Endzeittrends.